



Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Nationales Begleitgremium
Geschäftsstelle
Bismarckplatz 1
14193 Berlin

per E-Mail:

geschaeftsstelle@nationales-begleitgremium.de

Ihre Nachricht:

Mein Zeichen: SV 5 - BfE - BfE3602/02#0003

Datum: 31.01.2019



Betreff: 6. Bericht des BfE an das Nationale Begleitgremium

Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums,

in der Anlage übersende ich Ihnen den 6. Bericht des BfE an das Nationale Begleitgremium, in dem wir über den aktuellen Stand der Aufgabenwahrnehmung des BfE im Bereich des Standortauswahlverfahrens berichten.

Bislang hat mich in Hinblick auf meine schriftlichen Berichte keine Reaktion oder Nachfrage seitens des NBG erreicht. Vor dem Hintergrund der monatlichen Berichte des BfE im Rahmen der NBG-Sitzungen bitte ich Sie um Nachricht, ob Ihrerseits noch Bedarf an den schriftlichen Berichten des BfE besteht.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Ingo Bautz
Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsbeteiligung

Anlage

6. Bericht des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE)

Stand: 31.01.2019

Bereich	Entwicklungen
Standortauswahlverfahren	<p>Anfang Oktober fand ein Gespräch mit der neuen Geschäftsführung der BGE mbH statt. Ein aufsichtliches Statusgespräch hat am 21. Januar 2019 stattgefunden.</p> <p>BfE und BGE mbH haben in einem auf der Informationsplattform veröffentlichten gemeinsamen Dokument konkrete Verabredungen zur zukünftigen Zusammenarbeit getroffen.</p>
Schutz möglicher Standorte	<p>Bis zum 28.01.2019 wurden insgesamt 850 Vorhaben mit Bitte um Einvernehmen gem. § 21 StandAG vorgelegt. Davon wurde für insgesamt 749 Vorhaben das Einvernehmen zur Zulassung aufgrund des § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 - 5 StandAG erteilt. Zu einer Versagung des Einvernehmens ist es noch nicht gekommen.</p>
Berechnungsgrundlagen zur Dosisabschätzung	<p>Das BfE erstellt Berechnungsgrundlagen zur Dosisabschätzung möglicher Freisetzungen bei der Endlagerung. Die Berechnungsgrundlagen sollen die Verordnungen zu den §§ 26 und 27 StandAG konkretisieren, die derzeit beim BMU erstellt werden.</p>
Öffentlichkeitsbeteiligung zum Standortauswahlverfahren	<p>Im August 2018 hat das BfE den Entwurf eines Konzeptes für die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Startphase der Endlagersuche bis zur Veröffentlichung des Zwischenberichtes Teilgebiete durch die BGE mbH veröffentlicht.</p> <p>https://www.bfe.bund.de/DE/soa/beteiligung/online-konsultation/online-befragung.html</p> <p>Das Konzept enthält eine Kategorisierung und Darstellung der geplanten Formate und Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung. Der Entwurf wurde im Rahmen einer Online-Konsultation, eines Hearings mit Expertinnen und Experten der Beteiligungsforschung und –praxis am 17.09.2018 sowie auf der 1. Statuskonferenz Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen am 08./09.11.2018 in Berlin zur Diskussion gestellt. Am 21.01.2019 erhielt das BfE eine Stellungnahme des NBG zum Beteiligungskonzept. Derzeit wertet das BfE die unterschiedlichen Rückmeldungen aus und überarbeitet den Entwurf.</p> <p>Am 08./09.11.2018 hat das BfE in Berlin die 1. Statuskonferenz Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen veranstaltet. Die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über den aktuellen Stand der Standortsuche und die damit einhergehenden Herausforderungen und Handlungsbedarfe. Die jährlich geplante Statuskonferenz ist ein Baustein im selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren. Die nächste Statuskonferenz Endlagerung wird</p>

Bereich	Entwicklungen
	<p>im kommenden Jahr voraussichtlich in der 46. Kalenderwoche (11. bis 17. November 2019) stattfinden. Eine umfangreiche Dokumentation der Veranstaltung finden Sie unter:</p> <p>https://www.bfe.bund.de/DE/soa/statuskonferenz/dokumentation.html</p> <p>Im Januar 2019 hat das BfE in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden vier Dialogforen mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten, Landkreisen und Gemeinden in Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main und Ulm durchgeführt. 180 Vertreter*innen der kommunalen Ebene nahmen an der Veranstaltungen teil. Die Veranstaltungen waren auf Wunsch der kommunalen Seite nicht öffentlich. Das NBG war zu diesen Veranstaltungen eingeladen. Auf den Veranstaltungen informierte das BfE gemeinsam mit der BGE mbH über das Verfahren, die Akteure und den Ablauf der Standortsuche. Zudem sind auf den Veranstaltungen Erwartungen und Anregungen der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter an die bzw. zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Verfahren gesammelt und diskutiert worden. Die Rückmeldungen fließen in die Überarbeitung des Beteiligungskonzeptes ein.</p> <p>Das Dialogangebot richtete sich gezielt an die Vertreterinnen und Vertreter der Städte, Landkreise und Gemeinden. Das BfE plant für die frühe Phase des Standortauswahlverfahrens verschiedene, zielgruppenspezifische Dialogangebote. Eine Bilanz der Veranstaltungsreihe finden Sie unter:</p> <p>https://www.bfe.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BfE/DE/2019/0117-kommunal-workshop.html</p> <p>Die Fotodokumentation und die auf den Veranstaltungen gehaltenen Präsentationen wurden auf der Informationsplattform veröffentlicht.</p> <p>Ein Konzept für die Weiterentwicklung der Informationsplattform gemäß §6 StandAG hinsichtlich Nutzerfreundlichkeit, Hintergrundinformationen und Design ist in Arbeit.</p>
<p>Forschung</p>	<p>Zur langfristigen Forschungsplanung wurden im BfE die Forschungsstrategie und die Forschungsagenda erstellt. Die Forschungsstrategie legt die übergreifenden und langfristigen Ziele der Forschung im gesamten Aufgabenfeld des BfE fest. In der Forschungsagenda werden einzelne Forschungsfragen nach fachlichem Bedarf und Kenntnisstand in aufgabenbezogenen Themen benannt. Die Forschungsagenda beläuft sich auf eine mittelfristige Zeitachse (ca. vier Jahre).</p> <p>Beide Dokumente wurden als Konsultationsversion auf der BfE-Website veröffentlicht und standen im Rahmen einer Online-Konsultation vom 01.11. bis 16.12.2018 zur Kommentierung.</p> <p>https://www.bfe.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BfE/DE/2018/010.html</p>

Bereich	Entwicklungen
	<p>Parallel hat das BfE die Forschungsstrategie und -agenda auf der 1. Statuskonferenz Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen am 08./09.11.2018 in Berlin vorgestellt und diskutiert. Darüber hinaus fand am 30.1.2019 im VKU Forum in Berlin ein öffentlicher Workshop zur vertieften Diskussion der Forschungsinhalte des BfE statt. Der Workshop richtete sich insbesondere an Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft.</p>